

Prüfung der Verordnung eines Alkoholverbots

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bürgermeister Dr. Michael Ludwig zu ersuchen, die Verordnung eines Alkoholverbots für den öffentlichen Raum im Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße in Mariahilf zu prüfen.

Begründung

In Wien wurden in den vergangenen Jahren bereits zwei Alkoholverbotzonen im öffentlichen Raum eingerichtet, nämlich rund um den Praterstern im Jahr 2018 sowie rund um den Franz-Jonas-Platz im Jahr 2025. Nach Angaben der Stadt Wien und der Polizei haben diese Regelungen dazu beigetragen, problematische Situationen im öffentlichen Raum zu entschärfen und das Sicherheits- und Ordnungsempfinden für Anrainerinnen und Anrainer sowie für Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Raums zu verbessern. Auch im Umfeld der U-Bahn Station Gumpendorfer Straße, insbesondere im Bereich der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer, wird von Anrainerinnen und Anrainern der Wunsch nach einer vergleichbaren Regelung geäußert. Zudem wird ein solcher Schritt auch von der Polizei als mögliche Unterstützung zur Stabilisierung der Situation vor Ort gesehen.

Eine entsprechende Prüfung durch den Bürgermeister der Stadt Wien soll klären, ob die Verordnung einer Alkoholverbotzone in diesem Bereich sinnvoll und rechtlich möglich ist. Dabei sollte auch eine umfassende Analyse der aktuellen Situation erfolgen sowie der räumliche Umfang einer möglichen Zone sorgfältig festgelegt werden. Ziel ist es, gemeinsam mit bestehenden sozialen Angeboten und ordnungspolitischen Instrumenten zu einer spürbaren Entlastung des Grätzels beizutragen.

Gerhard Hammerer